

Auszug aus der Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung vom 20.04.2017

4.1 Vorstellung des Sachstandes zum Mobilitätsplan Zukunft - Meinungs austausch mit der IHK zu deren Grundsatzpapier

Herr Matthäus gibt eine Einführung in das Thema. Der Mobilitätsplan Zukunft (MOPZ) wird auf Basis der Aufgabenstellung der Bürgerschaft erstellt. Ziel ist die Reduzierung des Motorisierten Individualverkehrs um 30%. Es soll der Umweltverbund gestärkt werden, ohne den Individualverkehr zu behindern. Beteiligte Auftragnehmer sind IVAS, Zebralog und urbanus. Es hat eine Beteiligung der Öffentlichkeit gegeben und die Ausschüsse wurden informiert. Kritik gibt es vorwiegend an den verwendeten Prognosen. Prognosen haben immer eine Unschärfe. Es werden aber die zur Verfügung stehenden offiziellen Zahlen verwendet. Das Verkehrsnetz ist gut entwickelt und bietet einen ausreichenden Puffer, um die zukünftigen Verkehre aufnehmen zu können. Die Kritik an den Zahlen aus den zur Verfügung stehenden Prognosen ist nach seiner Sicht nicht berechtigt, da auch bei Berücksichtigung einer gewissen Streubreite keine grundlegenden Auswirkungen auf den MOPZ hätten.

Herr Volkmann führt in die Stellungnahme der IHK ein. Er begründet die Kritik an den verwendeten Prognosen. Unterschiedliche Prognosen führen zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen. Es sollten nicht nur die Erweiterungen der Wohnflächen betrachtet werden, auch Gewerbeflächen müssen berücksichtigt werden. Viele Maßnahmen werden positiv gesehen, z.B. Entwicklung am Werftdreieck, Fahrradschnellwege und die ÖPNV-Erschließung. Kritisch wird die Verengung des Mühlendamms bewertet. Die Stärkung des Umweltverbundes ist gut. Diese darf aber nicht auf Kosten anderer Verkehrssysteme gehen. Es müssen auch angemessene Parkplätze zur Verfügung stehen.

Herr Höppner stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation die Einschätzung der IHK vor. Diese ist als Anlage beigefügt.

Frau Temps erläutert die Probleme mit den Bevölkerungsprognosen. Insbesondere die Prognose zur Entwicklung im Landkreis ist schwierig zu betrachten. Gerade im Umland von Rostock wird die Bevölkerung stark wachsen. Die Zahl der Einpendler wird auf 32.000 geschätzt. Diese können nicht durch P+R aufgefangen werden. Das System wird schlecht angenommen.

Frau Janel meint, dass der Güter- und Geschäftsverkehr zu betrachten ist.

Frau Jens ist der Meinung, dass der MOPZ aufzeigen muss, wie weniger Verkehr erzeugt wird.

Frau Dr. Bacher wirft ein, dass die meisten Großstädte weltweit den Autoverkehr reduzieren wollen. Die 30 % Reduzierung war Aufgabenstellung der Bürgerschaft.

Herr Bauer mahnt an, dass es Wirtschaftszweige gibt, die auf den Individualverkehr angewiesen sind. Pflegedienste und Handwerker kommen nicht ohne entsprechende Fahrzeuge aus. Hier besteht ein zunehmender Bedarf.

Herr Hopf meint, dass der Wirtschaftsverkehr besonders wichtig ist. Die Wirtschaft muss wachsen. Dies führt zu einem zusätzlichen Pendlerverkehr. Verkehrseinschränkungen führen zu einer Hemmung des Wachstums. In dieser Frage sollte man sich an der Wirklichkeit orientieren.

Herr Strupp weist darauf hin, dass das Rostocker Randgebiet nicht ausreichend einbezogen worden ist.

Herr Engelmann weist auf das Stadtbahnprojekt hin, das gescheitert ist. Andere Städte haben gezeigt, dass solche Projekte auch positive wirtschaftliche Effekte haben können.

Frau Krönert meint, dass der MOPZ auf die Zukunft gerichtet ist. Dafür sind konkrete Fakten erforderlich. Auch andere Träger von Belangen sind zu hören.

Frau Krüger wirft ein, dass es die IHK freuen sollte, wenn der Individualverkehr reduziert wird. Damit wird Platz für den Wirtschaftsverkehr geschaffen.

Herr Bleis erläutert den Standpunkt zum ÖPNV. Die Prognosen werden als strittig betrachtet. Man muss berücksichtigen, dass der Verkehr vor einem Umbruch steht. In 15 Jahren wird Verkehr ganz anders aussehen. Hinsichtlich der Angebote ÖPNV ist der MOPZ ein Kompromiss. Hier wird die Diskussion über eine neue Straßenbahnlinie Richtung Biestow geführt. Andere Stadtteile, wie Reutershagen, Groß Klein, oder Schmarl bleiben außen vor.

Herr Matthäus gibt das weitere Verfahren bekannt. Der Entwurf soll im Mai den Gremien der Bürgerschaft übergeben werden. Dann sollen die notwendigen Änderungen eingearbeitet werden.